06 2014

Wissenschaftliches Schreiben jenseits der Peer Review

Felix Stalder

Übersetzt von Birgit Mennel

Beginnen wir mit einer Frage: Was soll ein Publikationsprojekt leisten, das sich an der Schnittstelle von theoretischen und aktivistischen Bewegungsbahnen verortet? Eine mögliche Antwort könnte lauten, dass es ein organisierender Fokus für einen mannigfaltigen Zusammenhang sein könnte, ein Zusammenhang, der vom geteilten Begehren danach getrieben wird, die spezifische systematische diskursive Praxis weiterzubringen. „Spezifisch" bedeutet, dass das Projekt einen Fokus artikuliert, der durch überlappende Bezugsrahmen, Anliegen und Methoden definiert ist. „Systematisch" ist die Praxis, wenn sich jeder Beitrag zu diesen Parametern ins Verhältnis setzt, sodass deren Veränderungen in der Zeit zum Gegenstand von expliziten Debatten werden. „Diskursive Praxis" verweist auf ein Verständnis von theoretischen Debatten als eine Form der sozialen Praxis und umgekehrt. Genau das ist es, was nach einer größeren Vielfalt des Zusammenhangs verlangt, vorausgesetzt dass die vielfältigen Dimensionen anerkannt werden, in denen sich eine theoretische Praxis entfaltet.

Dies sind keine besonders kontroversiellen Zielsetzungen. Aber Probleme tauchen auf, sobald man erkennt, dass diese Ziele von den etablierten Publikationsmodellen, insbesondere denen akademischer Zeitschriften, kaum jemals erreicht werden. Dieses Scheitern ist kein Zufall. Es ist auch nicht der nachlässigen Umsetzung eines konzeptuell stichhaltigen Modells geschuldet, sondern wurzelt im Modell akademischen Publizierens selbst. Dieses Modell blieb seit den Tagen der Royal Society nahezu unverändert, ebenso wie die ihm zugrunde liegenden erkenntnistheoretischen Annahmen und das so herbeigeführte Einverständnis, dass Politik und Wissenschaft getrennt zu behandeln sind.[1] Im Folgenden möchte ich einige dieser Annahmen herausschälen, die ihren historischen Nutzen längst eingebüßt haben, und mache Vorschläge, wie ein gegenwärtiges Publikationsprojekt die eben dargelegten Ziele gegebenenfalls erreichen könnte.[2]

Von geschlossenen Institutionen zu offenen Zusammenhängen

Historisch verblieb abstraktes und systematisches Wissen innerhalb der Grenzen geschlossener Institutionen: Klöster, Gilden, Universitäten, Berufsvereinigungen, Forschungsinstitute, politische Parteien etc. Soweit es sich dabei um nichtkommerzielles Wissen handelte, das immer noch verbreitet werden sollte, teilten sich diese Institutionen, die seit dem 19. Jahrhundert als moderne und in verschiedene Abteilungen unterteilte Bürokratien organisiert wurden, die Publikationskosten untereinander auf. Sie taten dies in Form von Gebühren, die als Subskriptionsbeitrag für eine Zeitschrift an eine akademische Gesellschaft entrichtet wurden. Diejenigen in diesen Institutionen, die diese Publikationen schrieben und lasen, hatten das Gefühl, freien Zugang zu haben, da die Subskriptionsgebühr eher akzeptabel gestaltet und aus einem

eigens dafür aufgestellten Budget bezahlt wurde, das an einer anderen Stelle in der Organisation angesiedelt war. Dieses System war äußerst effektiv, so lange die Annahme über das Verhältnis von abstraktem Wissen und Institutionen ihre Richtigkeit hatte. Noch in den 1970er Jahren stellte sich Daniel Bell die Zukunft der „postindustriellen Gesellschaft“ als eine von großen und mit Expert_innen bevölkerten Institutionen beherrschte vor – den Stätten der Wissensproduktion.[3] Wie wir jetzt alle wissen, erwies sich dieses „Wagnis einer sozialen Prognose“ in dieser Hinsicht als weit gefehlt.

Die Produktion und der Einsatz von abstraktem Wissen sind aus den Mauern der Institutionen ausgebrochen und nunmehr auf die ganze Gesellschaft verteilt. Aus dem konventionellen Publikationssystem als effizientem und quasi freiem Distributionssystem wurde eines, das eine scharfe Trennung zwischen denen einführt, die immer noch drinnen sind – und wo dieses System mehr oder weniger funktioniert – und denen, die außerhalb der institutionell abgesicherten Gärten verbleiben und für die es sich als ein System des Ausschlusses erweist. Es geht hierbei nicht um die Kommerzialisierung wissenschaftlicher Publikationen, obwohl das für sich genommen ein sehr wichtiges Thema ist, sondern darum, dass es überhaupt einen Preis gibt. Für prekäre Wissensarbeiter_innen, die regelmäßig große Mengen an Information durchforsten, ist selbst eine geringe Gebühr pro Artikel unerschwinglich, ganz zu schweigen von den absurd hohen Artikelgebühren, wie sie üblicherweise verlangt werden. Doch es ist nicht nur eine Frage des Geldes. Überraschenderweise werden immer noch nicht alle Zeitschriften online gestellt. Um sie einsehen zu können – was normalerweise an einer Universitätsbibliothek geschieht –, muss man sich physisch zu einem Universitätsgebäude bewegen. Dies ist tatsächlich ein

enormer Aufwand für diejenigen, die keine andere Bindung an die Universität haben, und hat einen etwas subtileren Ausschlusseffekt zur Folge.

Die Trennung zwischen denen, die hinsichtlich des Zugangs drinnen sind, und denen, die draußen sind, kann nur durch Publikationen mit „freiem Zugang“ minimiert werden. Das ist ein Weg, den viele Zeitschriften nach zehn Jahren der Kampagne zu Open Access auch beschritten haben.[4] Eine große Zahl von Zeitschriften publiziert aus Gründen der Wirtschaftlichkeit, des Prestiges oder aus institutioneller Trägheit immer noch nicht mit „freiem Zugang“, aber das Modell ist eindeutig etabliert und es gibt keine Rechtfertigung dafür, es nicht zu übernehmen.

„Freier Zugang“ darf weder durch versteckte Publikationsgebühren (nochmal, gering für jene in den Institutionen und unerschwinglich für diejenigen, die sich außerhalb befinden)[5] noch durch restriktive Lizenzen eingeschränkt werden, die nur den Zugang, nicht aber die Weiterverwendung ermöglichen. Wissen muss als soziales Gemeingut behandelt werden, dessen sich die Allgemeinheit bedient und zu dem sie im Gegenzug einen Beitrag leistet. Die dafür passende Lizenz ist die Copyleft-Lizenz[6], die jedem die unbeschränkte Verwendung des Materials ermöglicht, mit der einzigen Einschränkung, dass die daraus entstandenen Arbeiten zu den gleichen Bedingungen wieder als Gemeingut zur Verfügung gestellt werden. So lässt sich die Privatisierung von Wissen, das in neuen Gestalten und Formen entsteht, auf wirkungsvolle Weise verhindern.

Peer Review als ein erzwungener Konsens

Doch selbst das beste Open-Access-Modell adressiert nur das offensichtlichste Problem des gegenwärtigen Publikationsmodells: die Preishürde. Es geht einzig um das Zugänglich-Machen eines fertig gestellten Texts. Weder wird der Prozess einsichtig, im Zuge dessen ein Text zwischen Einreichung und Veröffentlichung Gestalt annimmt, noch führt dies zu einer Veränderung des Prozesses selbst. Tatsächlich ist Peer Review selbst in Open-Access-Zeitschriften immer noch die wichtigste Methode, um akademischem Wissen Gültigkeit zu verleihen. In „Open-Access-" ebenso wie in zahlungspflichtigen Zeitschriften wird dieser Prozess üblicherweise in Form des *double blind* organisiert: Die Gutachter_innen erhalten eine um die Autor_inneninformation bereinigte Einreichung und die Gutachten werden genau so wieder an die Autor_innen übermittelt. Fallen die Gutachten positiv aus, dann sollte die Autor_in die in den Gutachten kritisierten Punkte ansprechen, und dann wird der überarbeitete Artikel unter dem Namen der Autor_in veröffentlicht. Das ist ein höchst ideologischer und in vielerlei Hinsicht paradoxer Prozess: Durch die Verschleierung der Einflussnahme der Gutachter_innen auf den veröffentlichten Text wird ein Anspruch auf unpersönliches Wissen erhoben (das im Zuge des Begutachtungsprozesses entsteht), und es wird eine individuelle Autor_innenstimme behauptet.[7]

Trotz seines historischen Verdiensts ist Peer Review heute problematischer denn je. Da sind zunächst einmal die unzähligen Missbräuche des Systems, die Publikationen im Keim ersticken, welche nicht den Vorlieben der Gutachter_innen das Wort reden. [8] Zweitens machen es Suchmaschinen und andere Tools einfach, Autor_innen basierend auf dem Stil und Thema des Textes zu identifizieren. Anonymität lässt sich heutzutage kaum herstellen. Drittens tendiert Peer Review, selbst wenn es gut funktioniert,

dahin, den Konsens im Feld formal und stilistisch zu bestätigen. Und, wenn Peer Review – viertens – nicht gut funktioniert, was sehr oft der Fall ist, dann ist es ein inkonsistenter und langsamer Prozess. Die Kleinlichkeit und Rachegelüste der Gutachter_innen werden hinter einem Schleier der Verschwiegenheit verborgen. Deshalb gibt es zahllose Vorschläge für die Umgestaltung des Peer-Review-Prozesses. Einer der durchdachtesten und radikalsten ist Toni Prugs *Open Process Academic Publishing*. Prug lässt sich von der Freien Software und anderen offenen, auf Kooperation basierenden Projekten inspirieren und schlägt eine „Öffnung" aller Phasen im Begutachtungsprozess vor, indem dieser über ein öffentliches Archiv zugänglich gemacht wird. Darin sind vor allem „die ursprünglichen Einreichungen, die individuellen Kommentare und die des Herausgeber_innenkollektivs, Peer Reviews, andere Peer-Comments, die an die Gutachter_innen ergangenen Kommentare der Autor_innen, die aufeinander folgenden Entwürfe sowie der schließlich veröffentlichte bzw. abgelehnte Text" enthalten.[9] Prug meint, dass die Vorteile einer derartigen Öffnung des Prozesses dessen Missbrauchsanfälligkeit verringern würden. Diese Offenheit würde Inkonsistenzen zu Tage fördern und Debatten darüber anstoßen, wie diese aufzulösen seien, insofern nunmehr alle involvierten Parteien Verantwortung für ihr Handeln zu übernehmen hätten. So würden sich auch die oft langen Verzögerungen zwischen Einreichung und Veröffentlichung drastisch reduzieren. Tatsächlich würde jede Veröffentlichung in eine Version vor der Begutachtung und im Falle positiver Gutachten in eine Letztversion nach der Begutachtung zerfallen. Das macht technisch eine Art „Versionsverwaltung " erforderlich, etwas, das in der Software-Entwicklung, aber auch in anderen Feldern häufig zur Anwendung kommt.[10]

Während so möglicherweise eine gewisse Zahl gut dokumentierter Mängel im Peer-Review-System reduziert werden, bin ich skeptisch, dass mit erhöhtem Administrationsaufwand die grundlegenderen Mängel angegangen werden können. Es ist gut möglich, dass das System auf diese Weise noch stärker auf einen Konsens drängt, da alle Beteiligten das Risiko einer Artikulation marginaler Positionen in einem vollständig öffentlichen System zu minimieren versuchen.

Statt uns mit einer neuen Ausrichtung des Peer-Review-Prozess zu beschäftigen, sollten wir vielmehr darüber nachdenken, den Prozess und die ihm zugrunde liegenden Voraussetzungen gänzlich aufzugeben: dass sich nämlich ein Verständnis über die Schaffung von Konsens einstellt und dass dafür diskrete Maßnahmen notwendig sind, die alle mit einer individuellen Autor_in und einer stabilen Feststellung von Fakten und Bezügen in Zusammenhang stehen.

Ein alternatives Modell mit Konzentration auf Debatten

Wir sollten davon ausgehen, dass Wissen aus Debatten hervorgeht und dass Debatten oder Diskurse die zentralen Elemente der Wissensproduktion sind. Anstatt einen Text „den Erfordernissen entsprechend“ zu modellieren und ihn dann mit dem Stempel des Peer Review zu legitimieren, sollten Beiträge als Ausgangspunkte für Debatten betrachtet werden, die offen sind und offen bleiben. So gesehen sollten alle Einreichungen, so wie sie einlangen, entweder veröffentlicht oder zurückgewiesen werden. Eine Veröffentlichung bedeutet jedoch nicht, dass der Text oder genauer die Debatte, die dem Text seine Bedeutung verleiht, bereits zu Ende geführt ist. Im Gegenteil, damit beginnt sie gerade erst.

In einem solchen System zu veröffentlichen impliziert nicht, dass der Text einem im Vorhinein etablierten und unpersönlichen Standard entspricht, der selbsterklärend ist. Es verweist vielmehr darauf, dass zumindest Teile des Herausgeber_innenkollektivs zu dem Schluss gekommen sind, dass dieser Text eine Veröffentlichung lohnt. Und diese Entscheidung gilt es zu argumentieren. Was genau macht diesen Text zu einem für die Herausgeber_in(nen) lohnenswerten Beitrag? Ein bei einer Zeitschrift eingereichter Text hätte also keine nicht-öffentlichen Gutachten zur Folge, die unsichtbar im Text enthalten sind, sondern zöge vielmehr eine öffentliche Antwort nach sich, die offen für weitere Antworten von anderen bleibt. Und diese nähern sich dem Text möglicherweise vor dem Hintergrund einer vollkommen anderen Erfahrung, als jener, welche die Autor_in und die Gutachter_in oder jetzt die Respondent_in als gegeben voraussetzen. Es ist davon auszugehen, dass Debatten über das interpretative Rahmenwerk, durch die ein Beitrag zu einem gemeinsamen Feld verstanden werden sollte, geführt werden. Und diese sollten in den verschiedenen Zusammenhängen aktiv gefördert werden. Differenzen und Uneinigkeiten können nicht durch einen Konsens geklärt werden, ohne dass eine privilegierte Perspektive bezogen und der Zusammenhang tatsächlich homogenisiert wird.

Die Aufgabe des Redaktionsgremiums einer Zeitschrift wäre demnach eine doppelte: Erstens gilt es einzuschätzen, ob ein eingereichter Beitrag das Potenzial hat, die diskursive Praxis des Zusammenhangs weiterzubringen; und zweitens müssen, um die Debatte zu eröffnen, die Schlussfolgerung(en) dieser Einschätzung durch das Redaktionsgremium zusammen mit dem ursprünglichen Beitrag veröffentlicht werden. Das Redaktionsteam muss zu keiner Einigung gelangen. Es sollte ausreichen, dass ein Mitglied

überzeugende Argumente dafür liefern kann, was aus diesem Beitrag tatsächlich einen Beitrag zur gemeinsamen diskursiven Praxis macht. Sollten andere Redakteur_innen zu anderen Schlussfolgerungen kommen, so wären auch ihre Argumente zu veröffentlichen. Eine Zurückweisung sollte nur dann erfolgen, wenn sich niemand positiv dafür interessiert.

Das würde die Vorstellung von Wissen als Konsens entbehrlich machen. Das Paradox im Herzen des Peer-Review-Systems könnte überwunden werden, da die Autor_in tatsächlich als er oder sie selbst sprechen kann. Gleichzeitig verlagert sich die Emphase vom einzelnen Text hin zu Debatten und kollektivem Diskurs. Da wir in einem Zeitalter der Datenbanken und Suchmaschinen leben, können wir uns übergangslos durch verschiedene Maßstäbe – vom einzelnen Beitrag zum Diskurs und wieder zurück – hindurchbewegen. Der Zielkonflikt, der zwischen einer Konzentration auf den Diskurs und folglich dem Verschwinden-Lassen der Autor_innen-Stimme in einem Murmeln[11], sowie einer Konzentration auf die individuelle Autor_in und dem daraus resultierenden Herunterspielen der Rolle des Diskurses besteht, dieser Zielkonflikt wird so substanziell abgemildert. Wir können Diskurse betonen und dennoch singuläre Positionen sichtbar werden lassen.

Der Schwerpunkt des Veröffentlichens verlagert sich damit vom beständigen Beitrag einer einzelnen Person hin zu flüssigeren, trans-formierenden und in einem Feld generierten Debatten, die über die verschiedensten Beiträge weitergesponnen werden, einander ausspielen und eine ganze Reihe von Ideen und Argumenten weiterentwickeln und verändern. Das würde es auch ermöglichen, Materialien einfacher zwischen verschiedenen Publikationsformaten hin und her zu bewegen, von Interventionen über vielleicht auf Video aufgezeichneten Gesprächen hin zu

Online-Artikeln und elektronischen oder gedruckten Büchern und wieder zurück. Man muss nicht mehr vorgeben, dass es sich um jeweils separate, eigene Produktionen handelt. Vielmehr können sie als verschiedene Ein- und Durchgänge in und durch Felder hindurch verstanden werden. Jede Produktion ist einzigartig, sie wahrt die Heterogenität des Zusammenhangs und unterbreitet ein besonderes diskursives Format sowie eine besondere Weise der Argumentation, die auf die Beiträge anderer verweist.

Die verschiedenen Formate sind als gleichermaßen wichtig zu behandeln, anstatt der üblichen Hierarchie zu folgen, in der das gesprochene Wort zuunterst und der „begutachtete" Druck zuoberst gereiht werden. Eine solche Hierarchie bringt die Privilegierung einer bestimmten Kultur gegenüber allen anderen zum Ausdruck, nämlich der akademischen Print-Kultur. Wenn die Diversität des Zusammenhangs ernst zu nehmen ist, die sich um ein Publikationsprojekt versammelt, dann ist das inakzeptabel.

Einen freien Zugang auf der Basis von Copyleft bereit zu stellen, Peer Review durch ein System zu ersetzen, das Debatten fördert, statt einen Konsens zu erzwingen, und Formate füreinander durchlässiger zu machen und miteinander zu verbinden, um so in die diskursive Praxis und in das von ihr generierte Feld einzutreten, wäre eine Weise, wie sich das Projekt den zu Beginn gesetzten Zielen nähern kann: seiner Funktion als organisierendem Fokus für einen mannigfaltigen Zusammenhang, der vom geteilten Begehren danach angetrieben wird, eine systematische diskursive Praxis weiterzubringen.

[1] Für eine Analyse der historischen Wurzeln dieser Einigung, vgl. Steven Schapin und Simon Schaffer, *Leviathan and the Air-Pump: Hobbes, Boyle, and the Experimental Life*, Princeton, New Jersey: Princeton University Press 1995.

[2] Für eine Kritik dieses Einverständnisses in Zusammenhang mit den Naturwissenschaft, vgl. Bruno Latour, *Wir sind nie modern gewesen*, übers. v. Gustav Roßler, Frankfurt/M.: Suhrkamp 2008.

[3] Vgl. Daniel Bell, *The Coming of Post-Industrial Society: A Venture in Social Forecasting*, New York: Basic Books 1973.

[4] Die *Budapest Open Access Initiative*, von der die Open-Access-Bewegung ihren Ausgang nahm, wurde im Dezember 2001 gestartet. Ihre Motivation ist, der Kommerzialisierung akademischen Wissens und damit geschaffenen Beschränkungen zu begegnen; vgl. diesbezüglich z. B. die Kampagne *The Cost of Knowledge*.

[5] Kommerzielle Anbieter_innen haben ihre Geschäftsmodelle angepasst und verlangen Publikationsgebühren für Open-Access-Zeitschriften, eine Praxis, die *Gold Open Access* genannt wird; vgl. diesbzgl. Ruth Sondereggers Beitrag zu einer anschaulichen Beschreibung der Absurdität dieses Prozesses.

[6] Beispiele für Copyleft_Lizenzen sind die *GNU General Public License* und die Creative-Commons-Lizenz *BY-SA* [by für Namensnennung der Autor_in; sa für die Weitergabe unter den gleichen Bedingungen; Anm. d. Übers.].

[7] In den Sozialwissenschaften gibt es mehr Einzelautor_innen als in den Naturwissenschaften, wo Autor_innenteams weiter verbreitet sind. Aber das Paradox bleibt bestehen.

[8] Zur subjektiven Natur solcher Gutachten vgl. Isabell Loreys Beitrag.

[9] Toni Prug, „Open Process Academic Publishing“, in: *ephemera. theory & politics in organization*, Jg. 10, Nr. 1, 2010, S. 40–63.

[10] Als ein Beispiel dafür vgl. etwa das *Bundes-Git*, den Versuch der Verwendung eines Versionsverwaltungssystem, um alle Veränderungen zu verfolgen, die im Zuge eines Gesetzgebungsprozesses in Deutschland an einem Gesetzesentwurf vorgenommen werden; vgl. Stefan Wehrmeyer, „Bundes-Git – German Laws on GitHub“, Open Knowledge Foundation Labs.

[11] Vgl. Michel Foucault, „Was ist ein Autor“, übers. v. Hermann Kocyba, in: Ders., *Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits, Bd. 1, 1954–1969*, Frankfurt/M.: Suhrkamp 2001, S. 1003–1041.